

Neuntklässler fühlen Ulrich Kelber auf den Zahn

Ückesdorf. (kpo) Die Neuntklässler hatten Fragen vorbereitet: Was könne man gegen die geringe Wahlbeteiligung und gegen die Ausbeutung von Praktikanten tun? Wie könne man dem demografischen Wandel hin zum "Land der Alten" entgegenwirken und die Zivildienstleistenden ersetzen?

Auch Fragen zur Energie-, Migrations-, Bildungs- und Gesundheitspolitik und zum Bonn-Berlin-Gesetz wurden gestellt, als der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber dieser Tage im Carl-von-Ossietzky-Gymnasium vorbeischaute.

Seine Partei wolle die sozial schwächer gestellten Menschen erreichen, die nicht wählen gehen. Volksentscheide würden nicht helfen: "Die Erfahrung zeigt, dass sie eine noch geringere Beteiligung haben." Stattdessen könne man Viertelbeauftragte einsetzen, die die Leute in den Stadtteilen ansprechen. Man müsse Regeln auch für Praktikanten erstellen - die wichtigste: kein Praktikum ohne Bezahlung. "Wenn sich die Betriebsräte stark machen, ist das der beste Weg für Praktikanten."

Die Gesellschaft werde in den nächsten 50 bis 80 Jahren älter, "egal, was Sie machen." Das sei ein europäisches Phänomen, dessen Chancen etwa auf dem Arbeitsmarkt man nutzen müsse.

Zu Guttenbergs Entscheidung, den Wehrdienst abzuschaffen, sei richtig: "Die Armee hat heute andere Aufgaben, die Wehrdienstleistende nicht machen können. Es ist aber falsch zu denken, das sei eine Einsparung." Kelber äußerte sich gegen ein soziales oder ökologisches Pflichtjahr: "Man sollte niemanden dazu zwingen, seinen sozialen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten."

Ein absolviertes freiwilliges soziales Jahr würde sich aber in einer Bewerbung gut machen.

Es sei auch für Schüler wichtig und staatsbürgerliche Pflicht, sich mit aktuellem Geschehen zu beschäftigen - Desinteresse helfe niemandem. "Demokratie ist anstrengend", gab er zu.

Zwei neunte Klassen fahren Anfang April nach Potsdam, einige Schüler machen von dort einen Abstecher und besuchen den Abgeordneten im Bundestag. Solche Gruppen empfängt Kelber schon lange, seit diesem Jahr setzt er dafür voraus, dass er die Schüler vorher am Gymnasium besucht und sich einen Eindruck vom politischen Interesse der Schüler verschafft. "Politik aus der Schule herauszuhalten, geht in einer Demokratie nicht." Er lobte, dass sich die CVO-Schüler gut vorbereitet hätten.

Artikel vom 09.03.2011

Artikel bookmarken bei...       



General-Anzeiger Abo-Bestellung